

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 25 | 21.06.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 52/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem die **XXVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet** wird

[BGBl I 53/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Errichtung der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen Gesellschaft mit beschränkter Haftung erlassen (**BBU-Errichtungsgesetz – BBU-G**) und das **BFA-Verfahrensgesetz**, das **Asylgesetz 2005** und das **Grundversorgungsgesetz – Bund 2005** geändert werden (Schaffung eines rechtlichen Rahmens zur Errichtung einer Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen GmbH; Einführung einer bedarfsgerechten Unternehmens- und Organisationsstruktur sowie effizienter Geschäftsprozesse; Schaffung von geeigneten Qualifizierungsmaßnahmen und Qualitätsstandards für Rechtsberater unter Gewährleistung von deren Unabhängigkeit; Optimierung der Betreuungs- und Rechtsberatungsstruktur auf Basis der politisch vereinbarten Rahmenvorgaben)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 158 v 14.06.2019, 1](#)

Verordnung (EU) 2019/941 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die **Risikoversorge im Elektrizitätssektor** und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/89/EG

[ABl L 158 v 14.06.2019, 22](#)

Verordnung (EU) 2019/942 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 zur Gründung einer **Agentur** der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der **Energieregulierungsbehörden**

[ABl L 158 v 14.06.2019, 54](#)

Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über den **Elektrizitätsbinnenmarkt**

[ABI L 158 v 14.06.2019, 125](#)

Richtlinie (EU) 2019/944 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 mit gemeinsamen **Vorschriften** für den **Elektrizitätsbinnenmarkt** und zur Änderung der Richtlinie 2012/27/EU

[ABI L 161 v 18.06.2019, 1](#)

Delegierte Verordnung (EU) 2019/981 der Kommission vom 8. März 2019 zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 zur Ergänzung der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die **Aufnahme und Ausübung** der Versicherungs- und der **Rückversicherungstätigkeit** (Solvabilität II)

[ABI L 163 v 20.06.2019, 1](#)

Richtlinie (EU) 2019/997 des Rates vom 18. Juni 2019 zur Festlegung eines **EU-Rückkehrausweises** und zur Aufhebung des Beschlusses 96/409/GASP

[ABI L 164 v 20.06.2019, 1](#)

Verordnung (EU) 2019/982 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1343/2011 über Vorschriften für die **Fischerei** im Übereinkommensgebiet der **GFCM** (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer)

[ABI L 164 v 20.06.2019, 23](#)

Richtlinie (EU) 2019/ 983 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 zur Änderung der Richtlinie 2004/37/EG über den **Schutz der Arbeitnehmer** gegen Gefährdung durch **Karzinogene** oder **Mutagene** bei der Arbeit

[ABI L 164 v 20.06.2019, 30](#)

Beschluss (EU) 2019/984 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 zur Änderung der Richtlinie 96/53/EG des Rates hinsichtlich der Frist für die Anwendung der besonderen Vorschriften über die höchstzulässige **Länge von Führerhäusern**, die eine verbesserte Aerodynamik und Energieeffizienz sowie eine bessere Sicherheit bieten

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

12.06.2019, [G 34/2019 ua](#)

StPO; Unzulässigkeit eines Drittelantrags von Mitgliedern des Bundesrats auf Aufhebung des „Sicherheitspakets“ betreffend die Möglichkeit der **Installation von „Bundestrojanern“ zur Nachrichtenüberwachung** auf Grund Anfechtung von Novellierungsanordnungen

14.06.2019, [E 1350/2019](#)

B-VG; VfGG; Ablehnung der Behandlung einer Beschwerde von Bürgerinitiativen gegen die Entscheidung des BVwG, mit der die Erteilung der Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Starkstromfreileitung („**380 kV-Salzburgleitung**“) vom Netzknoten St. Peter am Hart (Oberösterreich) bis zum Umspannwerk Kaprun in der Gemeinde Kaprun (Salzburg), soweit sich das Vorhaben auf das Land Salzburg erstreckt, bestätigt worden war; die behaupteten Grundrechtsverletzungen waren nur die Folge einer – allenfalls grob – rechtswidrigen Anwendung des einfachen Gesetzes; solche Rechtswidrigkeiten sind nicht vor dem VfGH, sondern in einem eigenen Verfahren vor dem VwGH geltend zu machen

18.06.2019, [G 150/2018 ua](#)

Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. NichtraucherenschutzG; Abweisung des Antrags der Wr LReg zum **Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. NichtraucherenschutzG in der seit 1. Mai 2018 geltenden Fassung**; Ungleichbehandlung von Arbeitnehmern in verschiedenen Betrieben sachlich gerechtfertigt; keine Unsachlichkeit der Differenzierung zu öffentlichen Orten;

keine gleichheitswidrige Ungleichbehandlung von Gastronomiebetrieben untereinander; kein schutzwürdiges Vertrauen von Gastronomen aufgrund der im Jahr 2015 beschlossenen Neuregelung des Rauchverbots; keine Ableitbarkeit eines absoluten Rauchverbots in der Gastronomie aus der EMRK; Zurückweisung eines weiteren, von zwei Gastronomiebetrieben und zwei Nichtraucherern (Vater und Tochter) gemeinsam eingebrachten Antrags

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

25.02.2019, [Ra 2018/08/0251](#)

VwGVG; das VwG (selbst bei anwaltlich Vertretenen) hat auch ohne Antrag von Amts wegen eine **öffentliche mündliche Verhandlung** durchzuführen, wenn es dies für erforderlich hält, wobei die Durchführung einer mündlichen Verhandlung ohne Parteienantrag nicht im Belieben, sondern im pflichtgemäßen Ermessen des VwG steht; dies ist etwa dann anzunehmen, wenn die Beweiswürdigung der Verwaltungsbehörde substantiiert bekämpft oder ein konkretes sachverhaltsbezogenes Vorbringen erstattet wird

27.02.2019, [Ro 2017/05/0003](#)

AbfallwirtschaftsG; der **durch die Reinigung von Produktionswässern anfallende Klärschlamm** kann nicht als **Nebenprodukt** des Produktionsbetriebs iSd § 2 Abs 3a AbfallwirtschaftsG gelten; fällt bei der gem dem WasserrechtsG gebotenen Reinigung von Abwässern als Abwasserinhaltsstoff Klärschlamm an, liegt kein Produktionsrückstand aus einem Herstellungsprozess vor, weil die Abwasserreinigung nicht als Teil eines Herstellungsprozesses angesehen werden kann; die Abwasserreinigung stellt vielmehr ein Behandlungsverfahren dar, um eine den Schutzziele des WasserrechtsG entsprechende Ableitung von Abwässern in Gewässer zu sichern; dass der bei der Abwasserreinigung anfallende Klärschlamm verwertet und nicht beseitigt wird, sagt nichts darüber aus, ob dieser so verwendete Klärschlamm davor iRe Herstellungsverfahrens als Nebenprodukt angefallen ist

04.04.2019, [Ra 2018/11/0249](#)

VwGG; die gem § 42 Abs 3 VwGG **mit rückwirkender Kraft ausgestattete Gestaltungswirkung** eines aufhebenden Erkenntnisses des VwGH bedeutet, dass das Erkenntnis des VwG, mit dem der **Aussetzungsbescheid** der belangten Behörde aufgehoben wurde, im Nachhinein so zu betrachten ist, als wäre es von Anfang an nicht erlassen worden; dies hat (im Revisionsfall) zur Folge, dass der Bescheid der belangten Behörde betreffend die Aussetzung des Ermittlungsverfahrens seit seiner Erlassung dem Rechtsbestand angehört; das Verfahren über die Vorstellung des Rw ist somit seit der Erlassung dieses Bescheids bis zum rechtskräftigen Abschluss des Strafverfahrens ausgesetzt

04.04.2019, [Ro 2018/01/0012 ua](#)

SicherheitspolizeiG; Personen, die **Räumlichkeiten des BMI und seiner nachgeordneten Dienststellen** betreten, müssen sich einer **Sicherheitskontrolle** unterziehen, wenn sie dazu aufgefordert werden; die Bestimmung des § 15a SicherheitspolizeiG orientiert sich am GerichtsorganisationsG, sodass die Sicherheitskontrollen als Ausübung hausrechtlicher Befugnisse „primär“ durch Bedienstete des BMI sowie der diesem organisatorisch nachgeordneten Dienststellen durchgeführt werden sollen; die Bestimmung sieht keine Einschränkungen des persönlichen Geltungsbereichs vor (mit der Ausnahme von Personen des öffentlichen Dienstes hinsichtlich ihrer Dienstwaffen); insb sind von der Sicherheitskontrolle – anders als nach dem GerichtsorganisationsG in Gerichtsgebäuden – Angehörige rechtsvertretender Berufe nicht ausgenommen; ggst war die Aufforderung zur Sicherheitskontrolle – ungeachtet der Eigenschaft des Betroffenen als Rechtsanwaltsanwärter bzw substituionsberechtigter Vertreter eines Rechtsanwalts – zulässig

08.04.2019, [Ro 2018/03/0014](#); [Ro 2018/03/0021](#)

Eisenbahnbau- und -betriebsVO; nach § 113 Abs 8 Eisenbahnbau- und -betriebsVO ist die örtlich zulässige Geschwindigkeit für einzelne Streckenabschnitte vom Eisenbahninfrastrukturunternehmen festzulegen und in geeigneter Weise darzustellen; steht fest, dass das Eisenbahninfrastrukturunternehmen eine örtlich zulässige Geschwindigkeit im Bereich der **Eisenbahnkreuzung** festgelegt und in geeigneter Weise dargestellt hat, die unter der „Streckenhöchstgeschwindigkeit“ nach der Bau- und Betriebsbewilligung liegt, so ist diese örtlich zulässige Geschwindigkeit der **Entscheidung über die Art der Sicherung** zugrunde zu legen; es ist nicht erforderlich, die Art der Sicherung an einer allenfalls höheren „Streckenhöchstgeschwindigkeit“ auszurichten; die örtlich zulässige Geschwindigkeit im Bereich der Eisenbahnkreuzung ist daher ein wesentliches Kriterium für die Festlegung der Art der Sicherung

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG NÖ 29.04.2019, [LVwG-AV-882/001-2018](#)

NÖ BauO; nach der Intention des § 15 Abs 1 Z 2 lit a NÖ BauO sind unter dem Begriff „für gärtnerische Zwecke“ ausschließlich gärtnerische Zwecke zu subsumieren (vgl die Formulierung im Motivenbericht „nur für gärtnerische Zwecke“); eine Anlage, bei der die Pflanze im Vordergrund steht und die Fischhaltung der Düngererzeugung dient, ist nicht unter „gärtnerische Zwecke“ zu subsumieren; die Haltung von Tieren, zu welchem Zweck auch immer (sei es zur Züchtung für den menschlichen Verzehr, sei es zur Erzeugung von Dünger) ist nicht unter die Bestimmung des § 15 Abs 1 Z 2 lit a leg cit zu subsumieren

LVwG Wien 23.05.2019, [VGW-003/032/2869/2019](#)

Wr AbfallwirtschaftsG; der Zielsetzung des § 10d Wr AbfallwirtschaftsG folgend ist der Begriff „Getränkeart“ nicht übermäßig eng iSe Einordnung jedes bestimmten Produkts als eigene Getränkeart auszulegen, bliebe ansonsten § 10d Abs 1 leg cit ohne nennenswerten Anwendungsbereich; mangels näherer Definition oder Verweis auf eine verbindliche Kategorisierung ist die Abgrenzung im Einzelfall zu treffen, wobei ua der allgem Sprachgebrauch, typische Erwartungshaltungen von Konsumenten, aber auch etablierte Kategorisierungen als Anhaltspunkte herangezogen werden können, ohne dass einem dieser Merkmale eine allein ausschlaggebende Bedeutung zukommt; die Formulierung „in Wien erhältlich“ ist nicht so auszulegen, dass sie nur unmittelbar in Wien hergestellte oder in physischen Verkaufsräumlichkeiten angebotene Produkte umfasst; vielmehr kommt es darauf an, dass ein Bezug in Wien möglich ist und nicht unverhältnismäßige Hürden aufwirft

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[18.06.2019, Rs C-591/17, Österreich / Deutschland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 18, 34, 56 und 92 AEUV – Regelung eines Mitgliedstaats, die eine **Infrastrukturabgabe für Personenkraftwagen** vorsieht – Situation, in der den Haltern von in diesem Mitgliedstaat zugelassenen Fahrzeugen eine **Steuerentlastung** bei der Kraftfahrzeugsteuer in Höhe dieser Abgabe gewährt wird

[19.06.2019, Rs C-607/17, Memira Holding](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Körperschaftsteuer – Konzern – Niederlassungsfreiheit – **Abzug von Verlusten** gebietsfremder **Tochtergesellschaften** – Begriff ‚endgültige Verluste‘ – Aufgehen der Tochtergesellschaft in der Muttergesellschaft infolge **Fusion** – Rechtsvorschriften des Sitzstaats der Tochtergesellschaft, die den Verlustabzug im Rahmen einer Fusion nur bei der Gesellschaft vorsehen, bei der die Verluste entstanden sind

[19.06.2019, Rs C-608/17, Holmen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Körperschaftsteuer – Konzern – Niederlassungsfreiheit – **Abzug von Verlusten** gebietsfremder **Tochtergesellschaften** – Begriff ‚endgültige Verluste‘ – Anwendung auf eine **Enkelgesellschaft** – Rechtsvorschriften des Sitzstaats der Muttergesellschaft, die eine unmittelbare Beteiligung der Tochtergesellschaft verlangen – Rechtsvorschriften des Sitzstaats der Tochtergesellschaft, die die Anrechnung der Verluste beschränken und für das Jahr der Abwicklung ausschließen

[19.06.2019, Rs C-660/17 P, RF / Kommission](#)

Rechtsmittel – Nichtigkeitsklage – Versendung der Klageschrift per Telefax – Einreichung des Originals der **Klageschrift** bei der Kanzlei des Gerichts nach Fristablauf – **Verspätung** bei der **Postzustellung** – Begriff ‚höhere Gewalt oder Zufall‘

[19.06.2019, Rs C-41/18, Meca](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – Richtlinie 2014/24/EU – Art 57 Abs 4 Buchst c und g – **Vergabe** öffentlicher Dienstleistungsaufträge – Fakultative Gründe für den **Ausschluss** von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren –

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten, das die Integrität des Wirtschaftsteilnehmers in Frage stellt – Kündigung eines früheren Auftrags aufgrund von Mängeln bei seiner Ausführung – Gerichtliche Anfechtung, die die Beurteilung der Vertragsverletzung durch den öffentlichen Auftraggeber bis zum Abschluss des gerichtlichen Verfahrens ausschließt

[20.06.2019, Rs C-458/15, KP](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Bekämpfung des Terrorismus – Restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen – **Einfrieren von Geldern** – Gemeinsamer Standpunkt 2001/931/GASP – Art 1 Abs 4 und 6 – Verordnung (EG) Nr 2580/2001 – Art 2 Abs 3 – Beschluss des Rates über die Belastung einer Organisation auf der Liste der an **terroristischen Handlungen** beteiligten Personen, Vereinigungen und Körperschaften – Gültigkeit

[20.06.2019, Rs C-682/17, ExxonMobil Production Deutschland](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 2003/87/EG – System für den Handel mit **Treibhausgasemissionszertifikaten** – Erdgasaufbereitungsanlage – Schwefelrückgewinnung – ‚Claus-Prozess‘ – Stromerzeugung in einer Nebeneinrichtung – Wärmeerzeugung – Emission von inhärentem Kohlendioxid (CO₂) – Art 2 Abs 1 – Geltungsbereich – Anhang I – Tätigkeit der ‚**Verbrennung von Brennstoffen**‘ – Art 3 Buchst u – Begriff ‚**Stromerzeuger**‘ – Art 10a Abs 3 und 4 – Übergangsregelung zur Harmonisierung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten – Beschluss 2011/278/EU – Geltungsbereich – Art 3 Buchst c – Begriff ‚Anlagenteil mit Wärme-Benchmark‘

[20.06.2019, Rs C-1/18, Oribalt Rīga](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Art 30 Abs 2 Buchst b und c – Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Art 152 Abs 1 Buchst a und b – **Ermittlung des Zollwerts** der Waren – Begriff ‚Gleichartige Waren‘ – **Arzneimittel** – Berücksichtigung aller Faktoren, die den wirtschaftlichen Wert des betreffenden Arzneimittels beeinflussen können – Frist von 90 Tagen, innerhalb deren die eingeführten Waren in der Europäischen Union verkauft werden müssen – **Ausschlussfrist** – Keine Berücksichtigung von Handelsrabatten

[20.06.2019, Rs C-72/18, Ustariz Aróstegui](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über **befristete Arbeitsverträge** – Paragraph 4 Nr 1 – Grundsatz der Nichtdiskriminierung – Öffentlicher Bildungssektor – Nationale Regelung, wonach eine **Vergütungszulage** nur Lehrkräften gewährt wird, die im Rahmen eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses als Beamte eingestellt wurden – **Ausschluss der Lehrkräfte**, die als Vertragsbedienstete in der Verwaltung befristet eingestellt wurden – Begriff ‚sachliche Gründe‘ – Dem Beamtenstatus inhärente Merkmale

[20.06.2019, Rs C-100/18, Línea Directa Aseguradora](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** – Richtlinie 2009/103/EG – Art 3 Abs 1 – Begriff ‚**Verwendung eines Fahrzeugs**‘ – Sachschaden, der durch den **Brand** eines in der Privatgarage eines Hauses abgestellten Fahrzeugs an diesem Haus entstanden ist – Deckung durch die Pflichtversicherung

[20.06.2019, Rs C-291/18, Grup Servicii Petroliere](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 148 Buchst a und c – **Steuerbefreiungen** bei grenzüberschreitenden **Beförderungen** – Lieferung selbsthebender **Offshore-Bohreinheiten** – Begriff ‚Schiffe, die auf hoher See eingesetzt sind‘ – Bedeutung

[20.06.2019, Rs C-404/18, Hakelbracht ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2006/54/EG – **Gleichbehandlung** von Männern und Frauen – Zugang zur Beschäftigung und **Arbeitsbedingungen** – Art 24 – Viktimisierung – Ablehnung einer Bewerberin wegen ihrer **Schwangerschaft** – Arbeitnehmer, der zugunsten dieser Bewerberin aufgetreten ist – Entlassung des Arbeitnehmers

B. SCHLUSSANTRÄGE

[20.06.2019, Rs C-192/18, Kommission / Polen \(Indépendance des juridictions de droit commun\) \(GA Tachev\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Wirksamer Rechtsschutz nach Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – **Unabhängigkeit und Unparteilichkeit** der Gerichte – Art 157 AEUV – Unzulässigkeit einer Rüge der Kommission nach Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 5 Buchst a und Art 9 Abs 1 Buchst f der Richtlinie 2006/54/EG – Einführung eines für Männer und Frauen unterschiedlichen Ruhestandsalters für **Richter** an den ordentlichen Gerichten, Richter am Sąd Najwyższy (Oberstes Gericht) und Staatsanwälte – **Absenkung des Ruhestandsalters** für Richter an den ordentlichen Gerichten in Verbindung mit einer Ermächtigung des Justizministers zur Verlängerung der aktiven Dienstzeit einzelner Richter im Ermessenswege

C. GERICHT

[19.06.2019, T-373/15, Ja zum Nürburgring / Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – Einzelbeihilfen zugunsten des **Nürburgring-Komplexes** für den Bau eines Freizeitparks, von Hotels und Restaurants sowie für die Ausrichtung von Motorsportrennen – Beschluss, mit dem die Beihilfen für mit dem **Binnenmarkt unvereinbar** erklärt werden – Beschluss, mit dem festgestellt wird, dass die Rückzahlung der für unvereinbar erklärten Beihilfen nicht den neuen Eigentümer des Nürburgring-Komplexes betreffe – Nichtigkeitsklage – Keine spürbare Beeinträchtigung der Wettbewerbsstellung – Verein – Status eines Verhandlungsführers – **Unzulässigkeit** – Beschluss, mit dem am Ende der Vorprüfungsphase festgestellt wird, dass keine staatliche Beihilfe vorliege – Nichtigkeitsklage – Beteiligter – Rechtsschutzinteresse – Zulässigkeit – Verletzung der Verfahrensrechte der Beteiligten – Fehlen von Schwierigkeiten, die die Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens erfordern – Beschwerde – Veräußerung der Vermögenswerte der Empfänger der mit dem Binnenmarkt für unvereinbar erklärten staatlichen Beihilfen – Offenes, transparentes, diskriminierungs- und bedingungs-freies Bietverfahren – Begründungspflicht – Grundsatz der guten Verwaltung

[20.06.2019, T-578/17, a&o hostel and hotel Berlin / Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – Betriebsbeihilfen – Jugendherberge in Berlin – **Pachtfreie Nutzung** einer öffentlichen Immobilie – Beschluss, mit dem die etwaige Beihilfe für mit dem **Binnenmarkt vereinbar** erklärt wird – Art 107 Abs 3 Buchst c AEUV – Ernsthafte Schwierigkeiten

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

18.06.2019, Beschwerde Nr [16572/17](#), *Haddad / Spanien*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Unterbringung** der **Kinder** des Bf in einer Pflegeeinrichtung auf Wunsch der Mutter; nach **Freispruch** des Bf in einem **Strafverfahren** wegen häuslicher Gewalt erlangte er das Sorgerechte für die beiden älteren Söhne zurück; **Weigerung** der spanischen Behörden, den **Kontakt** zwischen dem Bf und seiner jüngsten Tochter **wiederherzustellen**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.